



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Deutsche Industrie durch CCUS und Kohlenstoffkreisläufe auf den Weg zur Klimaneutralität bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene innerhalb der Strategie zur Klimaneutralität Deutschlands für eine breitere Berücksichtigung der Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlenstoff (Carbon Capture Use and Storage – CCUS) einzusetzen. Insbesondere für den Industriesektor ergeben sich hierdurch Potenziale zur Emissionsreduktion.

Folgende Schwerpunkte müssen dabei fokussiert werden:

- CCUS muss einen zentralen Stellenwert für das Ziel der Klimaneutralität genießen. Eine weitere Missachtung des Themas bringt die neuen Klimaziele und die vorgezogene Klimaneutralität Bayerns und Deutschlands in Gefahr.
- Die Anrechenbarkeit von CCUS-Technologien innerhalb des Europäischen Emissionshandels (EU-ETS) muss auf Bundes- und europäischer Ebene diskutiert und angeregt werden. Während CCS (Carbon Capture and Storage) analog zur CO₂-Speicherfunktion von Forstbetrieben leicht vergütet werden kann, ist bei CCU die Verrechnung im EU ETS (Europäisches Emissionshandelssystem) schwieriger zu beantworten. Tendenziell sollte aber für Kohlenstoffkreisläufe weitergeleitetes CO₂ an die Nachweispflichten eines Unternehmens angerechnet werden.
- Für die Etablierung von Kohlenstoffkreisläufen durch Einlagerung und/oder Weiterverwertung von CO₂ werden standardisierte Prozesse zur Bilanzierung des Lebenszyklus von CO₂ notwendig sein. Hierfür könnten Herkunftsnachweise Transparenz schaffen, wie es aktuell beim Wasserstoff geplant ist.
- Aufgrund der hohen Investitionskosten für CCUS-Projekte müssen für sie sowohl Forschungsförderprogramme ausgebaut als auch die Technologien an sich als nachhaltig und somit in der deutschen und europäischen Sustainable Finance Strategie als förderfähig eingestuft werden.
- Der Aufbau einer regionalen und grenzüberschreitenden CO₂-Infrastruktur muss rasch beginnen. Ähnlich wie bei der aktuellen Diskussion um den Aufbau der Wasserstoffnetze muss frühzeitig geklärt werden, wie die notwendigen Investitionen generiert werden können. Aufgrund der Vielzahl an Plänen anderer Staaten, CO₂ in der Nordsee zu speichern, muss die Infrastruktur zwangsweise grenzüberschreitend geplant und damit auf europäischer Ebene koordiniert werden.
- Da die notwendigen Mengen an Wasserstoff zur Transformation unserer Wirtschaft in absehbarer Zeit nicht allein durch grünen Wasserstoff gestemmt werden können, liefert die Produktion von blauem Wasserstoff die Möglichkeit eines raschen Markthochlaufes. CCUS-Technologien sollten daher in die bayerischen und deutschen Wasserstoffstrategien integriert werden.

- Die Bildung von gesellschaftlicher und politischer Akzeptanz für CCUS-Technologien ist entscheidend für ihren Einsatz und somit für die Erreichung der bayerischen und deutschen Klimaziele. Daher muss die Politik den Dialog und das aktive Engagement mit der Zivilgesellschaft und etwaigen Bürgerinitiativen suchen, vor allem bei CCS-Projekten.

Begründung:

Die Debatte um die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ muss in Deutschland wieder im größeren Ausmaß angestoßen werden. Zwar berücksichtigt die Bundesregierung CCUS-Technologien in ihrem Klimaschutzprogramm 2030 als Forschungsobjekt und betont, dass vor allem „die CCS-Technologie für eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis 2050 unverzichtbar ist, weil sie mittelfristig eine vergleichsweise kostengünstige Reduktionsmöglichkeit für anderweitig nicht vermeidbare prozessbedingte Emissionen der Grundstoffindustrie ist.“ Jedoch wirkt sich dies bis heute nicht auf den regulatorischen Rahmen aus, der den Einsatz dieser Technologien für Unternehmen interessant machen könnte. Im schlimmsten Fall droht uns ein Szenario wie beim Thema Wasserstoff, dessen Herstellung bis heute durch Steuern, Abgaben und Umlagen seitens des Staates nicht wirtschaftlich und dessen sektorspezifischen Einsatz und Transport regulatorisch immer noch strittig ist.

Minderungsmaßnahmen, wie der Ausbau erneuerbarer Energien oder energieeffizienzsteigernde Maßnahmen, sind zwar aufgrund ihrer geringeren CO₂-Vermeidungskosten grundsätzlich vorzuziehen, reichen jedoch für das Ziel der Klimaneutralität allein nicht aus. Dieser Auffassung folgen sowohl die Internationale Energieagentur (IEA) als auch der Weltklimarat (IPCC). Daher müssen sich zusätzlich und gleichberechtigt nebenher CCUS-Technologien entwickeln und etablieren können.

Neben deren Anwendung bei industriellen Prozessemissionen müssen ebenso bei der Herstellung von Wasserstoff CCUS-Technologien berücksichtigt werden. Es kristallisiert sich immer deutlicher heraus, dass grüner Wasserstoff, sei er im Inland produziert oder aus dem Ausland importiert, bei Weitem nicht für eine komplett klimaneutrale deutsche Industrie ausreichen wird. Daher benötigt sowohl die deutsche als auch die bayerische Wasserstoffstrategie ein Update für alternative treibhausgasarme Erzeugungsoptionen für Wasserstoff, vor allem durch blauen Wasserstoff aus der Erdgasreformierung mit CCUS oder türkisen Wasserstoff durch die Methanpyrolyse. Dieser technologieoffene Ansatz dient auch dem breiten Markthochlauf für Wasserstoff.

Außerdem erschließen CCU-Technologien die Möglichkeit des Aufbaus von Kohlenstoffkreisläufen. Die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen oder die Herstellung von Düngemitteln aus der direkten stofflichen Nutzung von Kohlenstoff sind hier gute Beispiele. Da in manchen Branchen auch 2050 unvermeidbare CO₂-Emissionen anfallen und andere Branchen CO₂ stofflich nutzen und weiterverwerten können, liegt ein Aufbau von Kohlenstoffkreisläufen nahe. Hierzu muss jedoch ein klarer und abgestimmter regulatorischer Rahmen für CCU-Technologien und den (grenzüberschreitenden) Transport von CO₂ hergestellt werden. Natürlich muss eine solche Regelung eher früher als später geschehen.

Zu den größten Hürden für CCUS-Technologien zählen besonders der aktuelle Kosten- und Energieaufwand. Während der technologische Fortschritt hier Besserungen verspricht, müsste man bereits jetzt die Voraussetzungen für eine flächendeckende Anwendung der Technologien schaffen.

Die oben genannten Forderungen würden allesamt helfen, den Wirtschaftsstandort Deutschland und auch Bayern auf einen realistischen Pfad zur Klimaneutralität zu bringen.